

# A5

## **Kein Platz für Faschisten – AfD-Verbot umsetzen!**

Resolution zur Sitzung des Landesparteitags am 21./22. Juni 2025.

*Eingebracht von der LAG Antifa.*

Der Landesparteitag möge folgende Resolution beschließen, medial über Pressemitteilung und digitale Kanäle der Landespartei veröffentlichen und mit den weiteren Landesverbänden teilen:

Die Linke Niedersachsen spricht sich vehement für die Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die AfD gemäß Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes aus.

Die Linke Niedersachsen fordert die Bundestagsabgeordneten aller demokratischen Parteien, den Bundesrat und die Bundesregierung auf, in diesem wichtigen Anliegen zusammen zu wirken und sich für ein Verbot der AfD einzusetzen!

Die Linke Niedersachsen verfolgt eine konsequente Strategie gegen die extreme Rechte, insbesondere gegen die AfD, die sie als ernsthafte Bedrohung für unsere Demokratie betrachtet, und setzt sich gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen, Initiativen und Organisationen für ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen den Faschismus ein.

### **Begründung:**

Mit dieser Resolution bekräftigt Die Linke Niedersachsen den auf dem Bundesparteitag in Halle gefassten Beschluss, ein AfD-Verbotsverfahren zu unterstützen.

Die AfD ist keine normale Partei im Rahmen demokratischer Konkurrenz. Sie ist die organisierte Form einer autoritären, völkischen und rassistischen Reaktion, die systematisch gegen die Grundwerte des Grundgesetzes arbeitet. Es gibt keinen Zweifel, dass die AfD die Demokratie aushöhlen will, um ihre menschenverachtende Politik umzusetzen. Wie schnell ein solcher Zersetzungsprozess eine Demokratie ins Wanken bringt, lässt sich exemplarisch an der Willkürherrschaft der AfD-Freunde Trump, Vance und Musk in den USA beobachten.

Im Februar 2025 kam im Bundestag keine Mehrheit für einen Antrag auf Prüfung eines Verbotsverfahrens gegen die AfD zustande. Nach der Neubewertung der bundesweiten AfD als „gesichert rechtsextremistische“ Partei durch das Bundesamt für Verfassungsschutz vom Mai 2025 ist es nur konsequent, die Mittel der wehrhaften Demokratie zu nutzen und die AfD an der fortschreitenden Umsetzung ihrer demokratiezersetzenden Bestrebungen zu hindern. Ein Verbotsverfahren ist ein wichtiger Baustein, es braucht jedoch mehr, um unsere Demokratie langfristig vor neofaschistischen Einwirkungen zu schützen. Wir brauchen ebenso eine umfassende Sozialoffensive und das Zusammengreifen von parlamentarischen und zivilgesellschaftlichen Initiativen. Der antifaschistische Kampf muss gemeinsam und auf allen Ebenen in den Parlamenten und auf der Straße geführt werden.

Ein Parteiverbot wird die neofaschistische Ideologie nicht abschaffen. Jedoch wird ein Verbot:

- den Zugang der AfD und parteinaher Institutionen zu staatlichen Finanzierungsmitteln unterbinden,
- die Strukturen und Vorhaben der neofaschistischen Partei flächendeckend schwächen,
- der zunehmenden Normalisierung der AfD in parlamentarischen und zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen entgegenwirken,
- sicherstellen, dass Mitglieder der AfD keine Spitzenposten in parlamentarischen Gremien besetzen,

- unterbinden, dass Neo-Faschist\*innen über die Berufung von Richter\*innen und Staatsanwält\*innen entscheiden,
- unterbinden, dass Wahlausschüsse durch Blockadehaltungen und Sperrminoritäten der AfD handlungsunfähig gemacht werden.

Die Initiierung eines AfD-Verbotsverfahrens ist unsere demokratische Pflicht – setzen wir sie gemeinsam um!